

## Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### EntschlieÙung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung  
– Drucksache 13/700 –

Landeshaushaltsgesetz 1997 (LHG 1997)

### Zukunftsfähige und nachhaltige Bildungspolitik

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

ihre bildungspolitischen Ziele im Sinne einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Bildungspolitik in den vier Säulen unseres Bildungssystems Schule, Hochschule, berufliche Ausbildung und Weiterbildung weiterzuentwickeln. Eckpunkte einer solchen Bildungspolitik sind neue Mitwirkungs- und Steuerungsmöglichkeiten, Partizipations- und Autonomieformen.

Dabei ist von folgenden Gesichtspunkten auszugehen:

Die Schule der Zukunft ist die autonome Schule. Die Notwendigkeit einer erweiterten Gestaltungsfreiheit der einzelnen Schule ergibt sich aus den Anforderungen einer pluralistischen und multikulturellen Gesellschaft, von Teamfähigkeit, Eigenverantwortung und sozialer Kompetenz als Schlüsselqualifikationen in der Wirtschaft und einem effektiveren Einsatz der beschränkten Mittel. Schulen für die Region sind Schulen, in denen alle Kinder gemeinsam unterrichtet werden.

In der Reform der Universitäten und Fachhochschulen des Landes zu mehr Wettbewerb und Innovationen sowie zu einer stärkeren Öffnung hin zu gesellschaftlicher Verantwortung liegt eine besondere Herausforderung. Die Möglichkeiten eigen- und selbständiger Entwicklungen der Hochschulen müssen durch eine Reform des Hochschulrahmengesetzes geschaffen werden. Entscheidungs- und Verantwortungsstrukturen sind so zu gestalten, daß den Hochschulangehörigen gleichberechtigte Mitwirkungsmöglichkeiten eröffnet werden. Dabei ist insbesondere eine gezielte Frauenförderung endlich durchzusetzen.

Die Schere zwischen Lehrstellenangeboten und Nachfrage nach Ausbildungsplätzen öffnet sich zunehmend. Ein Konsens aller Verantwortlichen aus Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften, der eine verbindliche Selbstverpflichtung der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber enthält, für eine Ausbildungsplatzgarantie und Initiativen für eine solidarische Ausbildungsfinanzierung müssen für den Erhalt des dualen Systems erreicht werden.

b. w.

Aus den gesellschaftlichen Veränderungen ergeben sich neue Aufgabenfelder in der Schnittstelle zwischen Weiterbildung, Politik und kommunaler und gesellschaftlicher Planung, denen sich die Weiterbildung stellen muß. Runde Tische, Dorfbeiräte, Bürgerforen müssen Bestandteil einer modernen reform- und handlungsorientierten Weiterbildung werden.

Begründung:

In der AGENDA 21 wird die Notwendigkeit einer Neuausrichtung der Bildung auf eine nachhaltige Entwicklung deutlich hervorgehoben.

Eine nachhaltige Bildungspolitik muß sich gleichermaßen an den Erfordernissen einer arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischen Sichtweise messen lassen wie auch an dem Selbstverwirklichungsanspruch der Menschen und dem Recht auf Bildung.

Je mehr Lebenszeit im Bildungssystem, in der Schule, in der Hochschule, in Fort- und Weiterbildung verbracht wird, um so kürzer ist die Lebenszeit im Beschäftigungssystem. So kommt es zu einer strukturellen Entlastung des Arbeitsmarktes. Alle Bestrebungen zur Verkürzung der Schulzeit und der Hochschulzeit sind kontraproduktiv zur Arbeitsmarktentlastung.

Je kürzer die Arbeitszeiten werden, um so länger werden die Freizeiten. Zu einer sinnerfüllten Freizeitgestaltung gehören gesellschaftliche Mitwirkungs- und Entscheidungsmöglichkeiten, um sich in ehrenamtlichen Aufgabenfeldern engagieren zu können genauso wie Angebote im Bildungsbereich.

Für die Fraktion:  
Guido Dahm